

Medienkonferenz SVP Bez. Andelfingen

«Kantonsratswahlen vom 24. März 2019: Politik mit Weitblick»

Datum: **Mittwoch, 16. Januar 2019**
10 Uhr – 11.30 Uhr

Ort: **Treffpunkt Aussichtsturm Hochwacht Wildensbuch,**
Trüllikon, auf der gedeckten Plattform

Referenten: **Konrad Langhart**, Kantonsrat, Stammheim:
Damit es dem Weinland und dem Kanton auch in Zukunft gut geht

Paul Mayer, Kantonsratskandidat, Marthalen:
*Nur ein wirtschafts- und gewerbefreundliches Klima generiert
Wohlstand und Arbeitsplätze*

Michael Trachsel, Kantonsratskandidat, Feuerthalen:
Sicherheit für alle

Matthias Stutz, Kantonsratskandidat, Marthalen:
Voller Einsatz fürs Weinland

Die Medienmappe steht Ihnen am 16.01.19 ab 10 Uhr auf svp-bezirk-andelfingen.ch zur Verfügung

Sperrfrist: 16.01.19, 10 Uhr

Mitteilung zur Medienkonferenz vom 16.1.2019

Kantonsratswahlen vom 24.3.2019:

Politik mit Weitblick fürs Weinland

Mit vier starken Kandidaten steigt die SVP des Bezirks Andelfingen in die kommenden Kantonsratswahlen. An der Medienkonferenz in luftiger Höhe auf dem Aussichtsturm Hochwacht erklärten der bisherige Kantonsrat und SVP-Kantonalpräsident Konrad Langhart, Stammheim, sowie die neu kandidierenden Paul Mayer, Unternehmer und Präsident der SVP Bezirk Andelfingen, Marthalen, Michael Trachsel, Gemeinderat und Leiter Militär- und Zivilschutzverwaltung Kanton SH, sowie Matthias Stutz, Gemeindepräsident und Geschäftsführer, Marthalen, die SVP-Politik für das Weinland

Ein Landwirt, ein Unternehmer, ein Geschäftsführer, ein leitender Kantonsmitarbeiter – die Kandidaten der SVP des Bezirks Andelfingen präsentieren mit verantwortungsvollen und erfahrenen Persönlichkeiten den Mittelstand im Weinland. Und für den Mittelstand, der mit seiner Arbeit, seinem Einsatz, seinem Fleiss und seiner Arbeit für den Wohlstand in unserem Bezirk sorgt, setzt sich die SVP mit ihren vier Kantonsratskandidaten ein.

Eigenständiges Weinland

So sprach sich SVP-Parteipräsident und Kantonsrat Konrad Langhart gegen die stetig wachsenden bürokratischen Vorgaben aus Zürich und Bern aus, da diese den Handlungsspielraum unserer Gemeinden einschränkten. «Gerade über einen Sechstel der Gemeindefinanzen können wir bestimmen, alles andere sind gebundene Ausgaben, bei denen wir nichts zu sagen haben», erklärte Langhart vor den Medien.

Entlastung des Mittelstandes

Ebenso sprach sich Langhart für eine Entlastung des Mittelstandes aus: «Vom erarbeiteten Einkommen bleibt immer weniger zum Leben. Steuern, Gebühren, Abgaben und Prämien steigen unaufhaltsam. Wir fordern konkret 5 % tiefere Steuern und den vollen steuerlichen Abzug der obligatorischen Krankenkassenprämien bzw. die Steuerbefreiung des AHV-Einkommens.»

Verbürokratisierung der Unternehmen

Aus der Erfahrung eines mittelständischen Unternehmers griff Paul Mayer die Flut von staatlichen Vorschriften und Regeln auf, da diese den Staatsapparat aufblähten und zu immer mehr Regulierungskosten führten: «Die Flut an Verordnungen und Vorschriften gefährden die Arbeits- und Ausbildungsplätze. KMU- und Kleinbetriebe können sich keine zusätzlichen administrativen Aufwände und Kosten leisten. Es braucht weniger Bürokratie, um mehr Arbeitsplätze schaffen zu können», betonte Paul Mayer.

Sicherheit für alle

Aus Sicht der Sicherheitskräfte thematisierte Michael Trachsel die steigende Gewaltbereitschaft. «Regelmässig wird die Polizei mit massiven Gewaltattacken konfrontiert, Rettungskräfte werden beim Einsatz behindert. Fehlende Konsequenz im Durchgreifen seitens Justiz und Polizei fehlt, obwohl bereits heute gesetzliche Grundlagen bestehen», erklärte der Leiter Militär- und Zivilschutzverwaltung. «Es kann nicht angehen», so Trachsel weiter, «dass die individuelle Freiheit eingeschränkt wird, nur weil kriminelle Handlungen nicht mit der nötigen Entschlossenheit geahndet werden.»

Ein Gemeindepräsident in den Kantonsrat

Als Gemeindepräsident von Marthalen stösst sich Matthias Stutz daran, dass der Kanton durch immer neue, immer detailliertere Auflagen die Autonomie der Gemeinden schmälert. Zusätzlich ist jetzt auch noch die Zürcher Kantonalbank, zuverlässige Partnerin von Gemeinden und Gewerbe gefährdet: Unterzeichnet der Bundesrat den Rahmenvertrag mit der EU, dann hätten Banken mit Staatsgarantie zu verschwinden. Darauf ist Einfluss zu nehmen. Das Weinland braucht einen aktiven Gemeindepräsidenten im Kantonsrat.

Direkter Kontakt zur Bevölkerung

Mit zahlreichen Standaktionen sowie direkten Kontakten zur Weinländer Bevölkerung wird sich die SVP darum kümmern, dass das Weinland auch weiterhin von einer starken bürgerlichen Fraktion vertreten wird, die im Kantonsrat dafür sorgt, dass unser Weinland auch weiterhin ein attraktiver, lebenswerter, sicherer und selbstständiger Bezirk bleibt, erklärte Wahlkampfleiter und alt Nationalrat Ulrich Schlüer abschliessend.

Damit es dem Weinland und dem Kanton auch in Zukunft gut geht

von Kantonsrat Konrad Langhart, Parteipräsident SVP Kt. Zürich, Stammheim

Eigenständiges Weinland

Der Bezirk Andelfingen, unser Weinland, ist ein attraktiver Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Erholungsraum. Eigenständige Gemeinden sind das Rückgrat dafür. Sie bieten der Bevölkerung gute Infrastrukturen und direkten Kontakt zu allen politischen und behördlichen Instanzen, die wir selbst gewählt und denen wir Verantwortung übertragen haben. So sind unter tatkräftiger Einflussnahme der SVP unsere bürgernah geführten Gemeinden entstanden. Das soll so bleiben!

Leider müssen wir feststellen, dass diese über viele Jahrzehnte gewachsenen, intakten Strukturen auch im Weinland bedroht sind. Immer mehr bürokratische Vorgaben «von oben» aus Zürich und Bern schnüren den Handlungsspielraum unserer Gemeinden ein. Wir können immer weniger selbst entscheiden. So bestimmen wir noch über einen Sechstel der Gemeindefinanzen. Der Rest sind sogenannte gebundene Ausgaben. Die bezahlen wir als Steuerpflichtige zwar auch, aber zu sagen haben wir da nichts mehr. Scheibchenweise werden den Bezirks- und Gemeindebehörden durch den Kanton immer mehr Kompetenzen weggenommen.

Da will ich weiterhin Gegensteuer geben. Die gewachsenen und intakten Bezirks- und Gemeindestrukturen müssen erhalten werden. Anpassungen müssen von den Bürgerinnen und Bürgern selber gewollt sein und dürfen nicht von oben diktiert oder mit finanziellen Geschenken erkaufte werden. Ich will, dass die von uns gewählten Statthalter, Bezirksräte, Gemeinde- und Schulbehörden möglichst viel selbst entscheiden können und nicht zu reinen Befehlsempfängern der kantonalen Verwaltung werden. Ich will, dass das Bezirksgericht Andelfingen erhalten bleibt und generell, dass das Weinland nicht schleichend ein Anhängsel von Winterthur wird.

Entlastung des Mittelstandes

Die SVP ist die Partei des Mittelstandes, der Normalverdiener also. Wir sind die Partei der Arbeitnehmer, der KMU, der Gewerbler, der Bauern. Die Partei der Bürgerinnen und Bürger, die stolz auf eine unabhängige Schweiz sind und die nur so viel Staat wollen wie nötig. Hier im Weinland leben viele fleissige Menschen, die es gewohnt sind, morgens aufzustehen, zu arbeiten und für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Tatsache ist aber: Vom erarbeiteten Einkommen bleibt uns immer weniger. Der Anteil von Steuern, Gebühren, Abgaben und Prämien steigt unaufhaltsam an.

Alle sollen über ihr Einkommen aber möglichst frei verfügen können. Das stärkt die Wirtschaft, schafft Wohlstand, Arbeitsplätze und Lehrstellen. Dem Kanton Zürich geht es finanziell gut – nicht zuletzt dank der SVP. Davon soll die mittelständische Bevölkerung, die das Land in Bewegung hält, profitieren.

SVP Bezirk Andelfingen, svp-bezirk-andelfingen.ch



Darum fordert die SVP beispielsweise konkret um 5 % tiefere Steuern. Wir fordern den vollen steuerlichen Abzug der obligatorischen Krankenkassenprämien oder die Steuerbefreiung des AHV-Einkommens.

Intakte Landwirtschaft

Alle verlangen und konsumieren gute, gesunde und bezahlbare Nahrungsmittel. Am besten aus der Region von Bauern, die man kennt und denen man vertraut. Damit wir Bauern dieser Nachfrage weiterhin gerecht werden können, brauchen wir aber unternehmerischen Spielraum. Wir Weinländer Bauern wollen produzieren können, was die Konsumenten wünschen.

Einschneidende Gesetze, Vorschriften und Auflagen schränken aber auch die Landwirtschaft immer mehr ein. Das bremst und verteuert die Produktion von Lebensmitteln, die dann im Ausland beschafft werden müssen. Gleichzeitig will sich der Kantonsrat beispielsweise nicht mehr am Unterhalt der von ihm einst mitfinanzierten Meliorationswerken beteiligen. So werden wertvolle Fruchtfolgefleichen der Bewirtschaftung entzogen, was wahrscheinlich auch die Absicht dahinter ist.

Das Weinland ist nicht zuletzt der schönste Ort im Kanton geblieben, weil die Bauern seit Generationen aus Selbstverantwortung Sorge tragen zu Böden, Umwelt und Landschaftsbild. Da braucht es nicht noch weitere Auflagen und Formulare aus Zürich.

Als Kantonsrat und Parteipräsident der SVP des Kantons Zürich will ich mich in einer weiteren Legislatur in diesen und in weiteren Sachbereichen engagieren, damit es dem Weinland und dem Kanton Zürich auch in Zukunft gut geht.

«Nur ein wirtschafts- und gewerbefreundliches Klima generiert Wohlstand und Arbeitsplätze.»

von Kantonsratskandidat Paul Mayer, Präsident SVP Bezirk Andelfingen, Marthalen

Im Kanton Zürich gibt es über 102 000 KMU-Betriebe. Diese beschäftigen $\frac{3}{4}$ aller erwerbstätigen Personen. Bei den knapp 400 Grossbetrieben sind $\frac{1}{4}$ angestellt. Alle zusammen erwirtschaften 22 % des BIP. Der Kanton Zürich ist der Wirtschaftsmotor der Schweiz.

Es kommt mir genau wie hier mitten im Wald vor. Man sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr. Und so geht es auch einem Unternehmer.

Verbürokratisierung der Unternehmen

Die Gewerbebetriebe werden durch einen Dschungel von staatlichen Vorschriften, von Reglementen und Verboten geplagt und benachteiligt. Die zunehmende Flut von Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften oder komplizierte Abrechnungsverfahren im Steuerbereich gefährden die Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die Auflagen von Raumplanung, im Bauwesen, in der Betriebsführung, bei den Sozialleistungen und bei der Entsorgung werden immer strenger. Dabei bläht sich der Staatsapparat nur auf und es fallen bei den Betrieben zusätzliche Regulierungskosten an. Gerade die KMU-Betriebe können sich keine weiteren administrativen Aufgaben leisten und müssen entlastet werden. Gerne zeige ich Ihnen den Aufwand von Kontrollen der Gewerkschaften, der Polizei, der Steuerbehörden und weiteren Organisationen in meiner Unternehmung. Unnötige Auflagen der SUVA oder von kantonalen Amtsstellen, die Betriebe nötigen, weil sie Lernende ausbilden, können eindrücklich verbildlicht werden. Beispiele von statistischen Ämtern, für die wir gratis arbeiten dürfen, demonstriere ich Ihnen gerne.

Weniger ist mehr! Weniger Bürokratie schafft mehr Arbeitsplätze.

Staukosten

In meinen Betrieb sind täglich durchschnittlich 12 Personen unterwegs. Diese stehen am Morgen 15 Minuten im Stau, am Abend ebenfalls. Das sind 6 Ausfallstunden pro Tag, 30 in der Woche, 120 Stunden im Monat und sage und schreibe 1440 Stunden im Jahr. Rechnet man einen Stundenansatz von 120 Franken, ergibt es einen Ertragsausfall von 144 000 Franken. Das Geld fehlt für Innovationen, für Investitionen und für Lohnerhöhungen. Meine Forderung: Die Aufgaben für den Strassenverkehr müssen jetzt gelöst werden. Alle Projekte müssen dringend umgesetzt werden. Eine Nettozuwanderung von 50 000 Leuten jährlich lässt mich für die Zukunft nichts Gutes erahnen. In 10 Jahren haben wir eine halbe Million mehr Menschen in unserem Land und auch in unserem Kanton. Der Zuwachs ist mehr, als die grösste Stadt Zürich Einwohner hat. Mit ein Grund dafür ist die Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Das Gewerbe und auch die Grossbetriebe sind auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen.

Jeder Beamte, jede Staatsstelle sieht nur ihren «Baum». Das Ganze, den Wald, überblicken, können und wollen diese gut bezahlten Bürokraten nicht.

Und so wie der Wald für ein gutes Klima sorgt, sind weniger Bürokratie, Auflagen und flüssiger Verkehr äusserst wichtig für die Unternehmungen. Das generiert Wohlstand und Arbeits- und Ausbildungsplätze auch im Weinland.

Als Kantonsrat werde ich mich für die KMU und die Grossbetriebe einbringen und meine Erfahrungen durchsetzen. Für einen starken Wirtschaftsmotor Zürich.

Sicherheit für alle

von Kantonsratskandidat Michael Trachsel, Gemeinderat, Feuerthalen

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Medienvertreter, werte Anwesende

Sicherheit ist Voraussetzung für ein freies, unabhängiges und gesellschaftliches Zusammenleben. Sicherheit ist eine persönliche und subjektive Wahrnehmung – jede Person hat ihre eigene Definition dafür. «Sicherheit im öffentlichen Raum» – «Finanzielle Sicherheit» – «Soziale Sicherheit» – «sichere Arbeitsplätze» – und «Rechtssicherheit» sind nur einige Bereiche, welche das Gesamtspektrum der «Sicherheit» beinhaltet.

Seit dem Jahr 2000 bewege ich mich beruflich und militärisch in diesem Umfeld: Als Angehöriger der Armee und überzeugter Milizoffizier trage ich seit bald 19 Jahren zur aktiven Sicherheit unseres Landes bei, während 13 Jahren arbeitete ich in der Privatwirtschaft im Bereich der technischen Sicherheit für Menschen, Einrichtungen und Güter, heute bin ich seit 2 Jahren innerhalb des Sicherheitsverbundes der Schweiz tätig und privat ist mir als Familienvater insbesondere die Sicherheit unserer drei kleinen Kinder ein Anliegen. **Nach den Wahlen vom kommenden 24. März möchte ich mich auch im Kantonsrat aktiv und nachhaltig für die Sicherheit im Kanton Zürich einsetzen.**

Auf zwei spezifische Bereiche möchte ich nun konkret eingehen:

1. «Sicherheit im öffentlichen Raum»:

Schauen Sie aktuell nach Deutschland, nach Frankreich oder auch in die Schweizer Städte Zürich und Bern. Die Hemmschwelle von gewaltbereiten Gruppierungen wurde in den letzten Wochen und Monaten kontinuierlich weiter nach unten gesetzt. Die Polizei wird regelmässig mit massiver Gewalt attackiert und Rettungskräfte werden bei ihren Einsätzen behindert. Bei offenen Gewaltanwendungen werden Verletzungen (oder gar der Tod) von Personen in Kauf genommen. Massive Sachbeschädigungen werden verursacht. Das fehlende konsequente Durchgreifen von Polizei und Justiz unterstützt das verwerfliche Verhalten von gewaltbereiten Personen zusätzlich. Die öffentliche Sicherheit ist lokal – insbesondere in der Nacht und in sogenannten «No-go-Areas» – für die Bevölkerung nicht mehr uneingeschränkt sichergestellt und beschneidet die individuelle Freiheit – auch im Kanton Zürich – zusehends. Dabei würden die bestehenden gesetzlichen Grundlagen ausreichen, um dieser Entwicklung nachhaltig Einhalt zu gebieten. Dies scheitert jedoch heute an den zögerlichen Massnahmen der Politik, welche die Handlungsfreiheit der Polizei einschränkt, sowie an den zu laschen Strafmassnahmen durch die Justiz. **Als Kantonsrat werde ich mich dafür einsetzen, dass die Gesetze – bei kriminellen Handlungen, Gewalttätigkeit, Belästigung und Vandalismus – konsequent angewendet und umgesetzt werden. Unsere Polizei wird meine volle politische Unterstützung erhalten.**

2. «Finanzielle Sicherheit»:

«Zentralisierung», «Bürokratisierung» sowie die «Bevölkerungszunahme» führen auch

im Kanton Zürich jedes Jahr zu steigenden Abgaben, Gebühren und Prämien. Ein immer grösserer Teil der Steuergelder muss den stetig wachsenden Behördenapparat finanzieren. Die sozialen Einrichtungen geraten zusehends in Schieflage und weisen einen überhöhten Ausgabeüberschuss aus. Dem Mittelstand und den Familien mit Kindern bleiben immer weniger Geld zum Leben.

Freizeitaktivitäten, Mitgliedschaft im Verein, ein Nachtessen im Restaurant oder einmal ein Familienurlaub am Meer können sich viele nicht mehr leisten. **Als Kantonsrat werde ich mich dafür einsetzen, dass die Familien und der Mittelstand entlastet werden. Dazu sollen die Steuern im Kanton Zürich um 5 % gesenkt werden und die Krankenkassenprämien von den Steuern abgezogen werden können.**

Die Formulierung von politischen Zielen und Ideen ist ein erster Schritt, um den Wählern aufzuzeigen, in welche Richtung der Kandidat steuert. Gleichzeitig braucht es jedoch auch einen Plan, wie die Ziele erreicht und umgesetzt werden können. Denn in jedem Fall braucht es Mehrheiten, um etwas bewegen oder ändern zu können. Wie aber können Mehrheiten geschaffen werden? Meine Absicht dazu erläutere ich anhand unseres aktuellen Standortes auf diesem Aussichtsturm. Zuerst zur Definition (gem. Wikipedia): *«Ein Aussichtsturm hat die Funktion, eine möglichst weite Fernsicht und eine instruktive Rundsicht von 360° zu ermöglichen. Auf bewaldeten Bergen sollte ein solcher Turm die höchsten Bäume deutlich überragen.»* Der Aussichtsturm ist das Ratsgebäude in Zürich, alle 180 Kantonsräte stehen auf der Aussichtsplattform und jeder schaut – je nach politischer Gesinnung – in eine ganz bestimmte Richtung und leitet aus diesem Bild – durchaus legitim – seine Standpunkte und Ideen ab. Um Mehrheiten zu schaffen, reicht das allerdings nicht aus. Darum werde ich folgende beiden Werkzeuge mit auf den Aussichtsturm – in den Kantonsrat – nehmen:

1. Feldstecher: Mit dem Feldstecher kann ich weiter sehen und bekomme ein detaillierteres Bild. Es erlaubt mir, Zusammenhänge und mögliche Entwicklungen besser zu erkennen.

2. Kompass: Der Kompass zeigt mir, in welche Richtung ich schaue und erinnert mich daran, dass es zum Erkennen einer mehrheitsfähigen Lösung eine 360-Grad-Rundumsicht benötigt.

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen: Als Kantonsrat werde ich mich für die «Sicherheit» der Menschen – insbesondere für den Mittelstand und die Familien – im Weinland und im Kanton Zürich einsetzen. Damit dies nicht nur Worthülsen bleiben, braucht es Mehrheiten. Um Mehrheiten zu schaffen, sollen mich meine beiden Werkzeuge daran erinnern, dass man nur zusammen – auch über die Parteigrenzen hinaus – etwas bewegen, ändern und verbessern kann. **Ich bin bereit und motiviert, diese Aufgabe zu übernehmen.**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

«Voller Einsatz fürs Weinland»

von Kantonsratskandidat Matthias Stutz, Gemeindepräsident, Marthalen

Als Gemeindepräsident von Marthalen und bodenständiger Weinländer will ich mich mit voller Energie für die Bezirks- und Gemeindeautonomie einsetzen. Es ist mir wichtig, dass Bürger und Gemeinden selbständig Entscheide fällen, sie tun das selbstbewusst und verantwortungsvoll, weil Sie die Konsequenzen daraus tragen, und als erfolgreicher Geschäftsführer weiss ich was es heisst, Entscheide zu fällen und dann umzusetzen.

Im Kanton werden aber Entscheide gefällt und nicht fertig gedacht. So wurden im Herzen des Weinlandes die Thurauen, ein Projekt von nationaler Bedeutung, realisiert, aber der Anschluss an den ÖV und Parkierungs-Möglichkeiten blieben auf der Strecke. Die SVP mit ihrem Motto «für Stadt und Land» will sich dafür einsetzen, dass der Bürger aus der Stadt zu uns kommt und parkieren kann – wohlverstanden kostenlos, nicht wie in der Stadt. Denn unsere Natur ist Teil der Heimat. Sie wird durch verbauen der schönsten Landschaften ebenso gefährdet wie durch «Betreten verboten»-Schilder. Denn Zugang zur Natur ist Zugang zur Heimat.

Als Gemeindepräsident bin ich für die Finanzen meiner Gemeinde Marthalen verantwortlich. Dabei schätze ich die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Zürcher Kantonalbank, die für die Gemeinden und das Gewerbe unverzichtbare Partnerin ist. Jahr für Jahr partizipiert auch Marthalen erheblich am Erfolg der ZKB. Das können für Marthalen gut und gerne auch einmal CHF 150.000 sein, was den Steuerzahler um 4% entlastet. Nun vernehmen wir, dass Banken mit Staatsgarantie zu verschwinden haben, wenn die Schweiz den Rahmenvertrag mit der EU unterzeichnet. Das träfe das Weinland schwerwiegend. Für unsere Gemeinden, für das gewerbliche Fundament des Weinlandes will ich im Kantonsrat Einfluss nehmen auf solche Entwicklungen. Das Weinland braucht einen aktiven Gemeindepräsidenten im Kantonsrat.

«Für Stadt und Land», dafür steht die SVP ein. Als vierfacher Familienvater ist es mir wichtig, dass die regionalen Unternehmen Ausbildungs- und Arbeitsplätze anbieten können. Dafür müssen sie sich hier im Weinland entwickeln können. Nur so bleibt die Wortschöpfung im Weinland und die Betriebe leisten voller Energie ihren Beitrag für unsere Heimat.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.